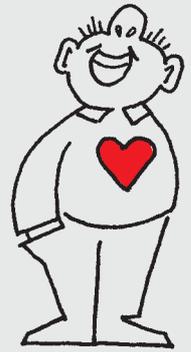




# MALXE BLATT

mit Herz und Schnauze



5 / 2013

## DIE LINKE. -Zeitung für Forst und Umgebung



### Der 1. Mai in Forst!



Überall in den Städten der Bundesrepublik wird der 1. Mai als »Tag der Arbeit« begangen. In diesem Jahr war das Motto: »Gute Arbeit – Sichere Rente – Soziales Europa«. Man könnte meinen, an so einem Tag stehen **alle gemeinsam** für diese Forderungen auf der Straße, an der Seite von Gewerkschaften, Arbeitsloseninitiativen, der Rentner, Geringverdiener und der Jugend.

Warum ist das in Forst nicht so? In den Wahlprogrammen, den Redebeiträgen von allen Parteien und Kommunalpolitikern, einschließlich des Bürgermeisters, kann man doch hören, wie wichtig Beschäftigung für die Stadt Forst ist. **WIR** jedenfalls werden deshalb auch weiterhin am »Tag der Arbeit« auf dem Max-Seydewitz-Platz zu finden sein und für die Rechte der Arbeitnehmer eintreten. Und wir freuen uns über alle, die unserer Einladung folgen und mit uns den 1. Mai feiern, so wie in diesem



Jahr. – Dieser Tag gehört der Arbeit.  
**Anke Schwarzenberg**  
Ortsvorsitzende



### Spruch des Monats

»Arbeit gibt uns mehr  
als den Lebensunterhalt,  
sie gibt uns das Leben.«

Henry Ford



Fotos: A. Schwarzenberg (2), M. Hungenbach (3) und A. Hanschke (1)

## Unser Schorschel ist von uns gegangen

Nein, nein er lebt noch! Er lebt noch! Er lebt noch und ist, so hoffen wir, bei guter Gesundheit. Nur von unserer Redaktion und damit auch von seinen Lesern hat er sich zurückgezogen. Viele werden es bedauern, so wie wir. An dieser Stelle DANKE Schorschel für deine bisherige Mitwirkung! – Andere sagen vielleicht: Na, Gott sei Dank, den sind wir los!

Wie dem auch sei, wir müssen ohne ihn weitermachen und haben die Hoffnung, dass wir das auch irgendwie schaffen!!!

Über neue Mitstreiter würden wir uns trotzdem sehr freuen. Alle, die dazu beitragen wollen, dass unser Malxe-Blatt noch lange und in guter Qualität erscheint, sind herzlich eingeladen, bei uns Hobbyzeitungsmacher zu werden.  
**Die Redaktion**

An dieser Stelle etwas, was wie Satire aussieht, leider aber keine ist:

Broschüre der CDU zur Europawahl 1999  
Gefunden im Internet unter »Besserwisser. Rotweintrinker«

## Was kostet uns der EURO?

a) Muß Deutschland für die Schulden  
anderer Länder aufkommen?



**CDU**

Ein ganz klares Nein! Der Maastrichter Vertrag verbietet ausdrücklich, daß die Europäische Union oder die anderen EU-Partner für die Schulden eines Mitgliedstaates haften.

Mit den Stabilitätskriterien des Vertrags und dem Stabilitätspakt wird von vornherein sichergestellt, daß die Nettoneuverschuldung auf unter 3% des Bruttoinlandsprodukts begrenzt wird. Die Euro-Teilnehmerstaaten werden daher auf Dauer ohne Probleme ihren Schuldendienst leisten können.

Eine Überschuldung eines Euro-Teilnehmerstaats kann daher von vornherein ausgeschlossen werden.

## Planen oder Schätzen



Eigentlich wollte ich mich in dieser Zeitung nicht mehr zur Rosenschau 2013 äußern, weil alle unsere Vorschläge und Ideen aus parteipolitischen Gründen ignoriert oder abgelehnt wurden. Wenn es aber ums Geld geht, sollten die Bürger wissen, wo die Einnahmen und Spenden für das Rosenfest so ausgegeben werden.

Für die Planung und Verwaltung der Finanzen der Rosenschau wurde bei der Forster Wohnungsbaugesellschaft eine Untergesellschaft angesiedelt. Entscheidungen zur Höhe der Ausgaben einschließlich ihrer Inhalte werden durch die Stadt getroffen.

Defizite, die entstehen, gehen am Ende zu Lasten der öffentlichen Kassen der Stadt.

Der Wirtschaftsplan sieht aktuell ein solches Defizit in Höhe von 33.000 Euro vor. Dies ist bei einer solchen Veranstaltung durchaus im vertretbaren Rahmen. Das finanzielle Endergebnis hängt am Ende wesentlich von den Besucherzahlen ab, und die sind schwierig zu kalkulieren. Soweit so gut – oder auch nicht. Denn im Wirtschaftsplan wurde reichlich umgeschichtet. Bisher waren für den Service (dazu gehören Wachsenschutz, Reinigung, Entsorgung und Versicherungen) der Rosenschau 156.000 Euro geplant. Nach der Vergabe der Leistungen kostet dieser Bereich plötzlich 336.000 Euro, also mal schlapp 180.000 Euro mehr. Damit die Finanzen nun nicht völlig aus dem Ruder laufen, muss an anderer Stelle kräftig gekürzt werden. Für den Bereich Durchführung, zu dem auch Veranstaltungen und Grünpflege gehören, werden schlagartig 60.000 Euro weniger geplant. Gärtnerische Ausstellungen werden um 50.000 Euro gekürzt. Wie soll das funktionieren? Wie erklärt das Rathaus nun solche rasanten Preissprünge?

Man hat nicht damit gerechnet, dass man beim Wachdienst auch Mindestlöhne zahlen müsste. Na, was für eine Überraschung! Seit 2009 gilt im Land ein Vergabegesetz, nach dem bei öffentlichen Aufträgen mindestens 7,50 Euro pro Stunde zu zahlen sind. Sollte mit der Vergabe über die privatrechtliche Wohnungsbaugesellschaft genau dieses Gesetz umschiffen werden?

Das Finanzkonzept steht auf tönernen Füßen. Hoffentlich überstehen sie die Rosenschau.

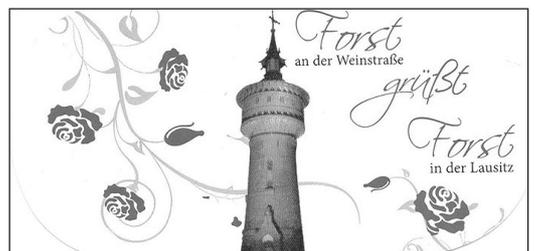
**Ingo Paeschke**  
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE in der SVV Forst

## Forst grüßt Forst

Seit vielen Jahren gibt es wieder private und geschäftliche Verbindungen zu Forst an der Weinstraße. Und wie es der Name schon sagt, baut man dort Reben an, aus denen ein köstlicher Wein gekeltert wird. Dieser Wein des Forster Winzerverein e.G. ist auch seit Jahren in Forst, u. a. bei Horst Beier, erhältlich.

Zum 100. Jubiläum des Ostdeutschen Rosengartens gibt es in diesem Jahr Flaschen, die mit einem besonderen Gruß versehen sind.

Das Design zu diesem Gruß wurde von der Forster Medienstalterin Carolin



Bischoff entworfen und kam beim Winzerverein so gut an, dass es sofort umgesetzt wurde. Beim Kauf einer Flasche in der Zeit vom 1. Mai bis 30. September 2013 können Sie es kennenlernen und nebenbei einen guten Tropfen aus der Pfalz genießen.

**P. Bischoff**

**D**er Landtag Brandenburg plant ein neues Gesetz über die Rechte der Sorben. Das ist zuerst mal deshalb bemerkenswert, weil am Gesetzentwurf Landtagsabgeordnete aus allen Fraktionen (mit Ausnahme der Grünen) mitwirken und ihn gemeinsam einbringen.

Entsprechend des Entwurfs soll Forst wieder als sorbisches Siedlungsgebiet aufgenommen werden. Darüber ist die liberale und christdemokratische Kommunalpolitik schwer empört. Unsere Stadt wäre schon lange kein sorbisches Siedlungsgebiet mehr, wird da behauptet. Und das Ganze würde nur einen Haufen Geld kosten. Bürgermeister Goldschmidt und sein Stellvertreter Zuber streiten seit an Seit mit den Fraktionen von CDU und FDP für eine Stadt frei von sorbischen Traditionen. Was immer das für die Herren bedeuten mag. Als vor zehn Jahren die Bürgerinnen und Bürger aus Horno nach Forst umsiedelten, klang das noch ganz anders. Damals gab es in der Stadtverordnetenversammlung niemanden, der

## Sorbenland

die historischen Wurzeln ablehnte. Es ging schließlich um Einwohnerzuwachs und Wohnungsbau. Für den Hornoer Ortsbürgermeister Siegert waren die Äußerungen von CDU und FDP im Hauptausschuss vollkommen unverständlich. Er betonte, dass die Entscheidung der Hornoer für Forst auch eine Entscheidung für das hiesige sorbische Siedlungsgebiet war.

Warum können wir Fürsten, die seit 250 Jahren tot sind, und Industrielandchaften, die vor hundert Jahren Bedeutung hatten, ehren und öffentlich darstellen, auf der anderen Seite aber den historischen Bezug zu den Sorben und Wenden weit von uns weisen. Geht es dabei wirklich nur ums Geld oder ist es eher eine Deuschtümelei, die in einer freiheitlichen Gesellschaft keinen Platz haben sollte? Ist es wirklich so schwer, sorbische Traditionen zu respektieren? Haben nicht gerade erst Hunderte Besucher einer sorbischen

Hochzeit in Naundorf bewiesen, dass dies ein Bestandteil unserer Kultur ist? Das Gesetz soll die Minderheiten schützen, dabei ist es egal, ob es Hunderte oder nur einzelne Bürgerinnen und Bürger sind, die sich zur sorbischen Herkunft bekennen. Die Vertreter der sorbischen Verbände haben vorgeschlagen, den Gesetzentwurf mit einem Paragraphen zu ergänzen, der Ausnahmen bei der Umsetzung der gesetzlich verankerten Regeln zulässt. Niemand wird verlangen, dass Forst plötzlich alle Straßenschilder mit sorbischen Zusätzen versehen muss oder sorbisch an Schulen einführt, an denen gar kein Bedarf besteht. Die Bezeichnung »Baršć« auf den städtischen Ortschildern war jahrzehntelang gepflegte Tradition. Die übrigens wurde erst vor rund zwanzig Jahren abgeschafft. Wir wollen, dass Traditionen respektiert werden und nicht versucht wird, Bürger unserer Stadt gegeneinander auszuspähen.

*Ingo Paeschke  
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE  
in der SVV Forst*

## Strafbefreiende Selbstanzeige für Steuerbetrüger sofort abschaffen



»Es ist niemandem zu vermitteln, dass millionenschwere Steuerbetrüger bei Selbstanzeige straffrei bleiben, während Parkplatzer, Schwarzfahrer oder Ladendiebe auch bei Selbstanzeige mit Strafe rechnen müssen. Diese beispiellose rechtliche Privilegierung für Steuerbetrüger ist ein Anachronismus und gehört sofort abgeschafft«, fordert der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Gregor Gysi, in der andauernden Debatte über den Umgang mit Steuerflucht und Steuerhinterziehung. »Die Pirouetten der SPD in dieser Frage helfen auch nicht weiter. Am Freitag im Bundestag die Abschaffung der Strafbefreiung ablehnen und sie am Samstag für den Fall des Wahlsiegs

ankündigen, hat mit Glaubwürdigkeit bei der Bekämpfung von Steuerflucht und Steuerhinterziehung nichts zu tun.« Gysi weiter:

»Es war die Politik von Rot-Grün bis Schwarz-Gelb, die Steuerbetrug de facto zum Kavaliersdelikt gemacht hat. Sie haben für ein Gesellschafts- und Staatsverständnis von Reichen und Vermögenden gesorgt, in dem der Staat als lästiges Übel erscheint und finanziell Benachteiligte als Sozialschmarotzer verunglimpft wurden und werden. Diese Politik der doppelten Ungerechtigkeit hat den Reichtum geschützt und zugleich dafür gesorgt, dass das Geld, das von den einen fehlt, von den Ehrlichen mehr gezahlt werden muss. Die sofortige Abschaffung der Strafbefreiung bei Selbstanzeige im Steuerrecht ist deshalb ein wichtiges Signal, dass Steuergerechtigkeit nicht vor den Türen der Reichen und Vermögenden und ih-

ren Steueroasen halt macht, sondern umfassend durchgesetzt wird. Selbstverständlich macht die Einführung einer Bagatellgrenze Sinn, bei der weder die Staatsanwälte noch die Gerichte beschäftigt werden sollen. Hier kann es je nachdem Fälle von Einstellung und Fälle von Geldbuße geben. Zuständig wäre die Polizei. Und nur wenn jemand Rechtsmittel einlegt, geht die Angelegenheit zu Gericht. Aber dies darf nicht zu erneuter Privilegierung in Bezug auf Steuersachen führen, sondern muss für alle Bagatellstraftaten einschließlich des Steuerrechts gelten. CDU/CSU, FDP, SPD und Grüne haben am Freitag im Bundestag die Abschaffung der strafbefreienden Selbstanzeige und der anderen Vorschläge der LINKEN zur Bekämpfung von Steuerflucht und Steuerhinterziehung noch abgelehnt. Aber sie werden sich dem Zeitgeist nicht entziehen können.« 27.04.2013

### ZUR ERINNERUNG

Am Mittwoch, dem 15. Mai 2013, findet die Wahl des Ortsvorstandes für den Ortsverband Forst um 18:30 Uhr im Bürgerzentrum Forst statt. Dazu möchten wir alle Genossinnen und Genossen recht herzlich einladen.

*gez. Anke Schwarzenberg  
Ortsvorsitzende DIE LINKE*

### EINLADUNG

Bürger, die mit uns das 5-jährige Bestehen der AG Soziales feiern möchten, sind am 1. Juni 2013 in der Zeit von 10 bis 12 Uhr in der Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE, Berliner Straße 22, herzlich willkommen.

*AG Soziales*

# Newsletter

## Auf der Strecke bleiben Bürgerrechte

**Als Reaktion auf das Bombenattentat in Boston (USA) fordert Bundesinnenminister Friedrich mehr Video-Überwachung in Deutschland. Dazu erklärt Petra Pau, Mitglied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE und im Innenausschuss:**

Es ist das alte Spiel. Bei Friedrich wie bei Schily. Die Forderung liegt auf Halde. Sie brauchen einen Anlass. Die Innenminister suchen und finden ihn. Auf der Strecke bleiben verbriefte Bürgerrechte, von Amts wegen, namens vermeintlicher Sicherheit. Die Deutsche Polizeigewerkschaft freut sich auf gläserne Bürger. Das Bundesverfassungsgericht bekommt Arbeit. 21.04.2013

## Rezessionsmacherin Merkel

**»Die von der Bundesregierung diktierten Lohn- und Sozialkürzungen sind für Europa ein schmerzhaftes Gift. Sie lassen die Eurozone immer tiefer in die Rezession abgleiten, während Angela Merkel die rettende Hilfe, eine Steigerung der deutschen Binnennachfrage, verweigert«, kommentiert Sahra Wagenknecht die gesenkten Wachstumsprognosen für die Eurozone 2013 und 2014. Die Erste Stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE weiter:**

»In Zypern lassen Merckels Troika-Chaoten die Wirtschaft in den nächsten beiden Jahren um knapp 13 Prozent einbrechen. Die Massenarbeitslosigkeit erreicht auch in anderen

betroffenen Ländern dieses Jahr neue Rekordhöhen. So werden die sozialen und wirtschaftlichen Folgen immer katastrophaler. Auf diesem unsozialen Fundament lässt sich der Euro nicht dauerhaft erhalten, denn der Preis für einen Verbleib im Euro wird für die sogenannten Krisenländer immer höher. DIE LINKE hat die sogenannten Rettungspakete im Bundestag konsequent abgelehnt und von Anfang an auf die Negativspirale in Verbindung mit den Kürzungsdiktaten hingewiesen. In den europäischen Ländern muss wieder mehr in soziale Dienstleistungen und den ökologischen Umbau investiert werden, so wie es DIE LINKE mit dem Zukunftsinvestitionsprogramm für Deutschland fordert, finanziert durch eine Millionärssteuer auf Vermögen. Die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler dürfen nicht mehr auf Gedeih und Verderb der Finanzmafia ausgeliefert werden. Deshalb sind private Großbanken zu vergesellschaften und alle Banken strengstens zu regulieren.« 03.05.2013

## Große Koalition der Datenschnüffler

**»Dass bei einfachen Ordnungswidrigkeiten und teilweise ohne richterliche Genehmigung Handy- und Internetzugriffsdaten abgefragt werden, ist und bleibt ein schwerer Angriff auf die Privatsphäre«, erklärt der stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Dietmar Bartsch, mit Blick auf die heutige Zustimmung des Bundesrates zum Telekommunikationsgesetz. Bartsch weiter:**

»Die vom Bundesverfassungsgericht gerügte Verletzung des informationellen Selbstbestimmungsrechts wird durch die vorgenommenen Änderungen nicht beseitigt. Das Vorgehen von CDU und SPD im Bundesrat zeigt, dass die große Koalition am Horizont erscheint.« 03.05.2013

# PINNWAND

## Termine

in der Geschäftsstelle, Berliner Straße 22  
 Di., 21.05.: 18:30 Uhr **Ortsvorstandssitzung**  
 Mi., 22.05.: 18:30 Uhr **AG »Soziales«**  
 Di., 28.05.: 18:30 Uhr **Sitzung Stadtfraktion**  
 Mo., 03.06.: 18:30 Uhr **AG Malxeblatt**  
 Di., 18.06.: 18:30 Uhr **Sitzung Stadtfraktion**  
 Nächster Treff »Linksrum«:  
 30.05.2013 um 18:30 Uhr in der Geschäftsstelle

## Erkenntnis

Wenn es stimmt, dass Faschismus keine Dummheit ist, sondern ein Verbrechen, verhalten sich FDP-Vorsitzende, die das Gegenteil behaupten, nicht dumm, sondern verbrecherisch. **WL**

## Geburtstag

20.05.: 82 Jahre Hans-Joachim Lapuhs  
 23.05.: 67 Jahre Horst Beier  
 29.05.: 67 Jahre Elke Krätsch

*Herzlichen Glückwunsch, unseren Jubilaren, auch all jenen, die hier nicht genannt sind!*

## Rechtsberatung

**am Sonnabend, dem 25.05.13.,**  
 ab 14 Uhr in der  
 Geschäftsstelle der LINKEN,  
 Berliner Straße 22, Forst.  
**Terminvereinbarung**  
 telefonisch (78 52) oder persönlich  
 jeweils Mo. 10 – 14 Uhr,  
 Di. u. Do. 9 – 12 u. 14 – 17 Uhr

## Schöner Erfolg

Das ehrgeizige Ziel, in den Mitgliedsländern der EU annähernd vergleichbare Lebensverhältnisse zu schaffen, verfolgt die Bundesregierung erfolgreich. Beispielsweise liegt das Armutsrisiko in Deutschland mit 15,8 Prozent nur geringfügig unter dem EU-Durchschnitt. Es geht also, wenn man sich anstrengt! **DW**



**Impressum:** Herausgeber: Ortsvorstand Forst DIE LINKE  
 Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst DIE LINKE  
 V. i. S. d. P.: Anke Schwarzenberg

Kontaktadresse: Berliner Straße 22, 03149 Forst  
 Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07  
 oder im Internet: [www.dielinke-lausitz.de](http://www.dielinke-lausitz.de)  
 E-Mail: [forst@dielinke-lausitz.de](mailto:forst@dielinke-lausitz.de)  
 Lesermeinungen und Artikel auch unter E-Mail:  
[malxeblatt@gmx.de](mailto:malxeblatt@gmx.de)

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen:  
 Sparkasse Spree-Neiße, Kto.-Nr. 3 305 102 780, BLZ 180 500 00, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

**Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.**